

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
24 (1910)**

54 (5.3.1910)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-530758](#)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich Postporto 75 Pf., bei Selbstabholung 65 Pf., durch die Post bezogen vierfach 1,50 Pf., bei zwei Monaten 1,50 Pf., monatlich 75 Pf. einschließlich Postporto. Jährlich 2,25 Pf., für zwei Monate 1,50 Pf., monatlich 75 Pf. einschließlich Postporto.

— Mit —

Sonnabendbeilage.

Abonnate werden die fünfgeholte Sonnabende oder deren Raum für die Interessen in Wittenbergen-Wilhelmshaven und Umgebung, sowie der Abhälften mit 15 Pf., für sonstige auswärtige Abonnate mit 20 Pf. berechnet; bei Rückholungen entsprechender Rabatt. Interesse für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Petersstraße 20/22. — Fernsprech-Aufschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. —

Filiale in Heppen: Ullmenstraße 24. — Fernsprecher 530.

24. Jahrgang.

Bant, Sonnabend den 5. März 1910.

Nr. 54.

Das Zentrum in der Klemme.

Die Geschäftsfähigkeit des Zentrums hat schon manches politische Künstler zu zaubern gebracht, dieses aber scheint es beinahe doch, als ob die Talschenpieltruppe Peter Stuhls ihre eigene Fertigkeit übertragen hätte. Für das Reichstagswahlrecht steht und zugleich für die Konkurrenz eintreten, daß auf die Reformfreunde hinauspielen und dabei jede erste Reform so verhindern suchen, die Sozialdemokratie verleumden, sie führen durch ihre stürmischen und übertriebenen Forderungen die positive Arbeit und selbst die bestehenden Anträge der Liberalen ablehnen, das heißt doch schließlich mehr zu sein als selbst der dummste Teil des entlegenen Dorfes vertragen kann! Das Zentrum hat zu Zeiten seine Anhänger mit einer Grazie verschwinden, daß man als unbedeutender Zuschauer bei aller moralischer Enttäuschung ein gewisses ästhetisches Vergnügen empfinden konnte. Diesmal aber arbeiten die schwachen Arbeiten so offensichtlich plump, daß man sich mit Ekel abwenden muß. Sie haben sich eben zweimal zugemutet.

Das Zentrum hat bisher in der Kommission gestimmt:

- gegen die direkte Wahl,
- gegen die geheime Wahl der Wahlmänner,
- gegen die Sicherung des Wahlbezirks,
- gegen die Erhöhung des singulären Steuerzahles des Steuerkreises auf 5 Pf.

Es hat durch Ablehnung der direkten Wahl sogar die Regierungsvorlage verschlechtert. Auch in der zweiten Abstimmung am Donnerstag hat es für die Beibehaltung des islamischen Systems der indirekten Wahl gestimmt, obwohl es sogar der preußische Minister des Innern nochmals für dessen Befreiung ausgesprochen hatte. So handelt das Zentrum in der Kommission, während es draußen seinen Wahlern erzählt, es sei für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!

Das Zentrum behauptet, es sucht zu erreichen, was zu erreichen ist, und darum müsse es mit den Konkurrenten gehen. Die Konkurrenten dagegen sind aufdrücklich genug zu erfahren, sie gingen mit dem Zentrum, damit der der ganzen Wählerschaft so wenig wie möglich herauskommt.

Die Zentrumspresse behauptet, die vorläufige Reform solle nur ein erster Schritt sein, durch den die weitere Arbeit für ein gerechtes Wahlrecht erleichtert werden sollte. In der Kommission aber sagte das Zentrum genau das Gegenteil, es forderte es übereinvernehmlich mit den Konkurrenten, durch die Reform solle ein weiterer Umlaufschluss des Wahlrechtskampfes Einhalt geboten, die ganze Bewegung zum Stillstand gebracht werden. So meinte ein Zentrumsmann am Donnerstag in der Kommission, es sei notwendig, eine große Mehrheit für die Vorlage zusammen zu bringen. Darauf blieb sie eine erhebliche Minderheit in der Opposition, so wurde sie den Kampf um das Wahlrecht weiterführen, den man zu einem gewissen Abschluß bringen wollte. Hier wird ganz offen zugestanden, daß der Kampf um das Wahlrecht, der vom Zentrum nie aufgenommen worden ist, nach dem Zustandekommen der Urkundensatz nicht weitergeführt werden soll, nicht nur nicht vom Zentrum, sondern auch nicht von den anderen bürgerlichen Parteien, die man deshalb mit List und Gewalt für das Schanddokument eingefangen veracht. Die Herrschäften haben ein schlechtes Gewissen, sie haben Angst vor der Kritik, darum werden Mittelbildige gehuft, und schließlich läuft ihr ganzes Streben auf den Endpunkt hinaus, die sozialdemokratische Wahlrechtsbewegung zu isolieren und dann womöglich mit Hilfe der Polizei unchristlich zu machen. Man muß wirklich staunen, daß das „wahrechristliche“ Zentrum seine eigentlichen Absichten so plump versteckt.

Mit politischen Hochstaplern geht es eben genau so wie mit anderen auch. Je länger sie ihr Handwerk treiben, desto mehr sind sie gendigt, Schwund auf Schwund, Lüge auf Lüge zu häufen, bis sie sich schließlich in das eigene Kam verstecken. In einer solchen Situation befindet sich heute das Zentrum, es hat im geschäftigen Hin und Her der atmendenen Dinge kaum mehr Zeit, sein Stocherlein zu beten: Freiheit, verlah mich nicht!

Das einzige Glück, die leichte Hoffnung, die dem Zentrum in diesen Tagen des schweren Not bleibt, ist doch immer — nationalliberale Partei. Wäre diese Partei wirklich liberal und würde sie für das Reichstagswahlrecht stimmen, dann bräche das ganze Zentrumschwund mit einem jähren Bruch zusammen. Auf die plumpen, dummen, offene Wahlrechtskämpfer der Nationalliberalen darf aber das Zentrum seinen ganzen Plan, hier wirst ihm die leichte Möglichkeit der Rettung.

Politische Rundschau.

Bant, 4. März.

Zur preußischen Wahlrechtsbewegung.

In der Wahlrechtskommission.

Die Wahlrechtskommission des preußischen Abgeordnetenhauses hat am Donnerstag die zweite Abstimmung begonnen. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß in der Zwischenzeit zwischen Zentrum und Konservativen völlige Übereinstimmung hergestellt worden ist. Jedenfalls wurde gegen den Widerstand der beiden konservativen Parteien und der Regierung mit verschiedener Weise wie in der ersten Abstimmung die geheime Abstimmung beschlossen. Das Zentrum erklärte zwar, daß es den größten Wert auf die geheime Abstimmung legt, aber das hinderte die Herren nicht, sich auf schärfste gegen die freikörperliche Seite eingeschrittenen Antrag auf Sicherung der geheimen Wahl nach dem Muster des Reichstagswahlrechts zu erklären. Wie in der ersten Abstimmung stimmte auch jetzt wieder das Zentrum für die Beibehaltung des indirekten Wahls, angeblich, weil die geheime Wahl sonst nicht zu erreichen wäre.

Wirklich ist das nur eine Ausrede, denn die geheime Wahl war ja eben beschlossen worden. Die Nationalliberalen sind grundsätzlich bereit, das Gesetz so zu gestalten, daß eine große Mehrheit dafür stimmen könnte. Sie verlangen aber, daß man auch ihnen entgegenkommt in bezug auf die Auswahl der Wahlmänner. Ihr Antrag geht dahin, daß die Wahlmänner aus dem ganzen Wahlbezirk gewählt, und daß innerhalb eines Wahlbezirks dieselben Personen mehrfach zum Wahlmann gewählt werden können. In diesem Falle soll ihnen bei der Wahl der Abgeordneten ein mehrfaches Stimmrecht zugeschenkt werden, das jedoch einheitlich und ungeteilt ausgeübt werden muß. Gegen diesen Vorschlag erklärte sich das Zentrum. Da somit das Zentrum und die Konservativen den Nationalliberalen kein Entgegenkommen zeigten, stimmten die Liberalen nunmehr gegen die indirekte Wahl, für die sie bekanntlich in erster Abstimmung eingetreten waren.

Schließlich wurde die auch von nationalliberaler Seite beantragte Drittteilung der Wahlbezirke abgelehnt. Die Maximalmehrheit (Stichabstimmung der Steuer über 5000) gelangte einstimmig zur Annahme. In Stelle der Abrechnung von 3 für diejenigen, die keine Einkommenssteuer zahlen, wurde beschlossen, 4 anzunehmen.

Die Gleichabstimmung über den Wahlrechtsgefechtswahlrechtsentwurf erfolgte noch am späteren Nachmittag. Nur die Konservativen und das Zentrum stimmten dafür, alle anderen Parteien dagegen; die Annahme ist nur mit 15 gegen 13 Stimmen, also nur mit knapper Mehrheit erfolgt. Die Parteien der Linken einschließlich der Nationalliberalen motivierten ihre ablehnende Haltung damit, daß ihre Wünsche auch nicht annehmbar erfüllt sind, und daß sie das Gesetz nicht einmal als Abstimmungszählung betrachten können. Die Freikonservativen stimmten aus anderen Gründen dagegen, sie können sich nicht damit abfinden, daß die von ihnen geforderte Befreiung der Drittteilung in Wahlbezirken, die eine völlige Entzerrung der Sozialdemokratie gleichstellt, abgelehnt worden ist.

Die Kommission wandte sich sodann der Beratung der Resolutionen zu. Von der sozialdemokratischen Seite wurde antragte Resolution, die das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nach dem System der Verhältnismäßigkeit für alle Deutschen über 20 Jahre ohne Unterbrechung des Geschlechts sowie eine Rechteilung der Landtagswahlkreise nach jeder Volkszählung fordert, wurde gegen die Stimme des Sozialdemokraten, einige weitere Resolutionen, die sich auf Änderung der Landtagswahlkreise beziehen, gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Angenommen wurde dagegen der nunmehr in der Form einer Resolution gefiedete, vorher ebenfalls abgelehnte Antrag des Freikirchens auf Wohnung des Wahlbezirks (Abstimmungsantrag) und eine Resolution der Nationalliberalen, die an die Regierung das Erfuchen richtet, bei der bevorstehenden Reform der Strafprozeßordnung auf die Aufnahme einer Bestimmung hinzuwirken, wonach die Befragung eines Zeugen darüber, wen er bei geheimer Stimmabgabe seine Stimme gegeben, verboten wird.

Am Dienstag wird die Kommission zur Feststellung des Berichts zusammentreten. Aller Vorausicht nach beginnt die 2. Abstimmung im Plenum am 14. März.

Der Wahlrechtsplatzgang.

Durch ihren ausgewiesenen Einfall, die Versammlung der Berliner Wahlrechtsfreunde im Treptower Park zu verhindern, hat die Polizei glücklich erreicht, daß sich alle Kreise der Berliner Bevölkerung sehr lebhaft mit den bevorstehenden

Demonstrationen beschäftigen und dem kommenden Sonntag mit größter Spannung entgegensehen.

Nach den großen Demonstrationen unter den Fenstern Wilhelm II. hätte eine genehmigte Versammlung draußen vor den Toren der Stadt wohl auch seine Steigerung bedeutet. Die Polizei, hilflos und bereitwillig wie immer, hat aber durch ihre Maßnahmen dafür gesorgt, daß der nächste Wahlrechtssonntag zum ausschließlichen Gefechtsstoff der Reichshauptstadt geworden ist. Allgemein fragt man sich, wie sich nun die Behörden gegenüber der Ankündigung des Vorwärts weiter verhalten werden. Werden sie den Treptower Park nun von Infanterie umzingeln lassen und in der Mitte Artillerie aufstellen, damit dieser der Stadt gehörige Ehrenhof vor politisch verdächtigen Spaziergängern geschützt wird? Sie würden dann natürlich nur erreichen, daß die Massen der Spaziergänger in das Innere der Stadt gedrängt würden, also dahin, wo man sie am allerwenigsten haben will!

Die Kreuzzeitung, die noch immer nicht begreift, in welche Blamage und ihre agrarische Kollegin die Polizei hineingebettet hat, kreift wie besessen: „Die Umsturzführerstadt scheint sich in dem Wahne zu bewegen, für die Revolution ohne Barricade, in deren Anfangen wir uns tatsächlich befinden, eine neue Form“ gefunden zu haben. Sie wird sich täuschen! Wenn ich täusche, wird man ja am nächsten Sonntag sehen, „Revolution ohne Barricade“ ist übrigens ein gutes Wort, das dankend akzeptiert wird.

Die Deutsche Tageszeitung ist sehr ungehalten darüber, daß man in Kassel, Solingen und Eisen „den sozialdemokratischen Revolutionsübungen“ die politische Genehmigung erteilt hat. Ja, aber ganz Bremer reicht der Arm des mächtig gebildeten Detzels doch nicht!

Gegen das Berliner Polizeidekret, das die Wahlrechtsdemonstration verbietet, wendet sich das Berliner Tageblatt. Es schreibt: „Es muß auch darauf erinnert werden, daß das Berliner Polizeipräsidium am 13. Februar ein Rundschreiben an die Presse erlassen hat, worin es heißt: „Dagegen bedürfen öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und auf Zugzügen nur einer Genehmigung der Polizeidecke und sind gültig, wenn nicht aus der Abdaltung der Versammlung oder der Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu bestehen ist.“ In ganz ähnlicher Sinne sprach sich damals, einem unserer Mitarbeiter gegenüber, der Polizeipräsident v. Jagow persönlich aus. Ist nun wirklich eine „Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu bestreiten“, wenn im Treptower Park, ziemlich fern vom Zentrum Berlins, in Reden und Liedern die Wahlrechtsreform gefordert wird? Nur in den reaktionären Kreisen, die ihre bestimmten Absichten und Wünsche haben und zum offenen Konflikt drängen, wird man das ohne weiteres behaupten wollen. Es ist im höchsten Grade bedauerlich und bedenklich, daß der Berliner Polizeipräsident gewollt scheint, dem lüttischen Verlangen dieser Kreise nachzugehen und auf die bisherige, sehr verständige Taktik zu verzichten. Empörend aber wird die zynische Offenherzigkeit, mit der die reaktionäre Presse ihre Hoffnungen auf eine „journée“, auf ein blutiges Gemetzel, ungeahnt zu erkennen gibt.

Die Angst vor dem Volk.

Die Berliner Polizei scheint dem kommenden Sonntag mit der größten Besorgnis entgegenzusehen. Offenbar glaubt man, daß die Absicht besteht, einen Demonstrationszug nach dem Schloß zu unternehmen. Das Schloß hat deshalb bereits jetzt eine Bewachung von etwa 100 Schülern erhalten, die dort Tag und Nacht Dienst tun. Das Reichstanzpalais hat ebenfalls größeren Polizeischutz erhalten.

Der Vor der Berliner Polizei stets fleißig bediente Polizeiangehörige will erfahren haben, daß in mächtigen Kreisen der für Sonntag im Treptower Park projektierte Spaziergang als eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel betrachtet wird. Die Regierung will diese Aufzähnung in einer ausführlichen Darstellung der Öffentlichkeit unterbreiten. Dann wird noch dazu bemerkt, daß für die Genehmigung einer Demonstrationsversammlung im Treptower Park nicht der Berliner Polizeipräsident, sondern der Landrat des Kreises Teltow zuständig gewesen wäre.

Der Kielser Polizeipräsident hat nach Berliner Muster die Genehmigung zu einer Versammlung unter freiem Himmel am nächsten Sonntag auf dem Wilhelmsplatz oder dem städtischen Sport- und Spielplatz ebenfalls verweigert.

Die Städte und die Wahlrechtsvorlage.

Der Magistrat der Stadt Königsberg hat den Beschluss gefaßt, gegen den Regierungspräsidenten im Verwaltungs-



wegen Klage zu erheben, weil er den Beschluss, an das Abgeordnetenhaus eine Wahlrechtsreform zu senden, beanstandet hat.

Deutsches Reich.

Die Nähe der verjagten Saukrienen.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat, im Gegenfahrt zu seinem Vorgänger, dem Fürsten Bülow, fast durchweg eine schlechte Presse. Nur eine Anzahl konservativer Organe sind es, die sich rückhaltlos auf seine Seite stellen. Eine konserватive Zeitung, „Märkische Warte“, die über manche Vorgänge ziemlich gut orientiert ist, gibt eine Erklärung über die Ursache dieser „schlechten Presse“. Dort wird von neuen Reichstagswahlen gesagt:

„Er hat seine Stärkungsmaßnahmen mit den Vorhöfen des Kanzlerpalais begonnen, wo die Krämer und Weißgerber aus den Redaktionssälen ihre Türe und Stühle teilweise recht aufdringlich aufgeschlagen hatten, und er hat diese Temporeinigung radikal vorgenommen: Selbst bisher „allmähliche“ Blätter aus dem Weizen des Reiches wurden in ihre Grenzen verworfen, die „gute Presse“ des ehemaligen Kanzlers hob mit dem ganzen Gärtnerladen ihrer feinen Lorbeerkränze in alle Winde, sein Wunder, doch sich die durtigen Nothen, die sie nicht so freigebig zur Wilhelmstrasse war, in harte Steine gewandelt haben.“

Es ist erst längst in einem Blatte geschildert worden, wie Fürst Bülow sich die Presse dadurch dienstbar gemacht hat, daß er den Schmids gelegentlich einmal irgend einen Happen in Form einer Nachricht zuwarf. Herr v. Bethmann-Hollweg hat die bürgerlichen „Saukrienen“ hinausgesetzt, und deshalb müssen Sie nichts zu seinem Lobe zu sagen. Der Schilderung, die das konservative medienburgische Blatt damit von der bürgerlichen Presse entwirft, bedauert man wirklich nicht hinzuzutun.

Die Geschäftslage im Reichstage. Der Seniorenkongress des Reichstages beriet Donnerstag wieder über die Einteilung der Geschäfte des Reichstages. Vor ihm soll der Etat, wenn möglich bis zum 19. März, festgestellt werden, wied aber der Reichstag noch am 21. und 22. März tagen müsse. Für die einzelnen Reihen sind vorgesehen: für das Reichsamt des Innern noch drei Tage, für die Marine drei Tage, für Post- und Reichspostamt drei Tage, Reichsverkehrsministerium ein Tag, Reichskanzler und Auswärtiges Amt drei Tage, Reichsschatzamt und andere kleine Sachen einen Tag. Für die dritte Sitzung sind zwei Tage vorgesehen. Die Ferien sollen drei Wochen betragen, und zwar vom 22. März bis 12. April. Eine Reihe von Gesetzesvorschlägen, die jetzt eingereicht worden sind, werden erst nach diesen zur Beratung gestellt werden. Der Präsident ist der Meinung, daß eine Verlängerung statt des Schlusses der Session eintreten wird. Die Verlängerung würde dann vor dem Himmelfahrtsfest beginnen. Bis dahin soll erledigt werden, was möglichst erledigt werden kann.

Aus der Budgetkommission des Reichstages. Die Budgetkommission erledigte Donnerstag den Etat der Militärverwaltung für Rautschau. Von den Zahlmeisterstellen wurden vier gestellt, da ihre Zahl sehr viel höher ist, als bei den Truppen in der Heimat und in keinem Verhältnis zu den zu vereinheitlichten Arbeiten steht. Weiter wurde gestanden, von dem Reichs- und Umgangskosten 135 000 M., bei der Förderung für Abfuhrtransporte an die Dampfschiffahrtsgesellschaften 60 000 M. beim Titel Betriebsertrag wird abermals laute Klage über die Unbedarftheit des Etats erhoben, und es wird verlangt, daß die Verwaltung nach Kaufmännischen Grundsätzen geführt und alljährlich von den Wirtschaftsbehörden der Kommission eine Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung vorgelegt wird. Bei den ehemaligen Ausgaben werden von den Hafensiedlungen, wofür 375 000 M. angefordert sind, 25 000 M. und von den 150 000 M., die für Wege und Wasserwerke angefordert sind, 50 000 M. abgezogen. Bei den Einnahmen wird kritisiert, daß die Europäer in Rautschau, obgleich die Kaufleute viel Geld verdienten, und die Beamten höhere Gehälter bezogen, keinen Pfennig Einkommensteuer bezahlten. Von Regierungseite wurde betont, daß man in Wien für eine Unionssteuer kein Verständnis habe, daß die Verwaltung aber bestrebt sei werde, demnächst andere, schwererste u. w. einzuführen.

Preußischer Kultusrat. Die Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses begann am Donnerstag die Beratung des Kultusrats. Die Belehrung eines einheitlichen Sozial- und Bettages für ganz Deutschland und die Festlegung des Osterfestes auf einen bestimmten Termin wurden abgelehnt. Ein praktisches Ergebnis hatte die Besprechung nicht. Vom Kultusministerium soll, nach Mitteilung des Ministers, die Medizinalabteilung abgetrennt und dem Minister des Innern unterstellt werden. Die Freisinnigen hielten auch die Abtrennung der Unterrichtsverwaltung und die Schaffung eines besonderen Unterrichtsministeriums für notwendig. Sie forderten, daß die Schulen von der Konfessionellität befreit und als reine Staatschulen betrachtet werden. Gegen diese Anregung erklärten sich das Zentrum und die Nationalliberalen (—).

Im vorigen Jahre hatte das Abgeordnetenhaus beschlossen, trotz der schlechten Finanzlage 500 000 M. bereitzustellen, um die Wissenspfosten aufzubessern. Diese Summe ist durch Zuwendungen aus der Kirchenkasse auf 800 000 M. gestiegen und soll nun zu dem angegebenen Zweck verwendet werden. — Die schlechte Lage der Bilanz brachte ein Zentrumserede zur Sprache, er wünschte eine Gehaltserschöpfung für diese Geistlichen, die belohnt werden, als wie die Hausknüpfe. Die Regierung erklärte, daß sie keine Mittel zur Verfügung habe, und daß die Aufbesserung nur durch Erhöhung des Kirchensteuer sich ermöglichen ließe. — Schließlich unterhielt sich die Kommission eine Stunde lang über die haupthäufige Stellung der Kreishauptleute. Konservative und Zentrum befanden sich als principelle Gegner der staatlichen Schulaufsicht, sie halten die Geist-

lichen für die einzige richtige Instanz zur Beaufsichtigung aller Schulen. Der Minister war dagegen, daß die staatliche hauptamtliche Kreishauptlektion ein. — Im übrigen sahen noch Beschwerden und Klagen der verschiedensten Art zur Besprechung.

Geschäftsordnungsänderung gegen die Sozialdemokraten. In der Geschäftsordnungskommission des preußischen Abgeordnetenhauses wurden die beiden Teile des konkreten Antrages betreffend Änderung der Geschäftsordnung getrennt behandelt und beschlossen, daß den ersten Teil der Abschaffung der Ordnung eine Subkommission zu errichten, und zwar gegen die Stimmen des politischen und des freimaurischen Mitgliedes. Der zweite Teil des Antrages der Einschränkung zu langer Reden wurde gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen abgelehnt.

Die Erstwahl zum preußischen Landtag für den 6. Berliner Kreis, in dem bekanntlich Heinrich Stein Mandat niedergelegt hat, ist am 12. April festgesetzt. Eine Anzahl Wahlhämmer werden am 15. März vorgenommen. Die Schwägerungen können an der sozialdemokratischen Mehrheit der Wahlhämmer nichts ändern.

Deutsch-schwedischer Handelsvertrag. Der Entwurf über die Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages ist dem Reichstag am Mittwoch zugegangen. Der Entwurf schlägt vor, den zurzeit geltenden Handelsvertrag zwischen Deutschland und Schweden bis zum 1. Dezember 1911 zu verlängern. Ein dahingehender Entwurf ist vom schwedischen Volksforscher kurzlich verabschiedet worden. Dem Entwurf dürfte auch vom deutschen Reichstag ohne Kommissionsberatung zugestimmt werden.

Die liberale Einigung. Am Sonnabend werden in Berlin die Parteitage der Freisinnigen, der Liberalen und der Freisinnigen Vereinigung zusammengetreten. Am Sonntag vormittags 10 Uhr findet dann im Wintergarten der gemeinsame Parteitag aller freisinnigen Richtungen statt, der die Einigung endgültig perfekt machen soll. Den Schluss der Verhandlungen bildet ein großes Festessen in der Wandelhalle des Reichstages.

Aus dem „Reichstaat“ Preußen. Der Magdeburger Beamtenabkommen, eine Vereinigung von öffentlichen und privaten Diensten stehenden Beamten Magdeburgs, hatte kürzlich in öffentlicher Versammlung sofort Stellung gegen die Wahlreformvorlage der Regierung genommen. Unter anderem wurde gesagt, daß man sich durch die neue Wahlberechtigung nicht zum Stimmvieh und zur Dienerdegradierung lösen dürfe. Nunmehr ist gegen die durch die Zeitungsberichte bekannten Reden eine Untersuchung der Eisenbahn und der Regierung verordnet worden. Es wurden bereits mehrere Sechzäpfte der Eisenbahn und der Regierung verordnet.

In der ersten Kammer des sächsischen Landtages wurde Donnerstag bei der Beratung des Etats der Volksschulen von sämtlichen Rednern gegen die Reform des Religionsunterrichts in den Volksschulen Stellung genommen und die Regierung bestimmt, diejenigen Befreiungen entgegenzutreten. Der Kultusminister Beck legte das zu, er werde immer bemüht sein, dem in der Thronrede enthaltenen Satze „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben“, Gelung zu verschaffen.

Zur Reform der badischen Städte und Gemeinden. Die ordnung hat die zuständige Kommission am Dienstag beschlossen, daß künftig auch die ledigen Gemeindebürgerschaft, welche Umlagen bezahlen, in der Gemeinde wahlberechtigt sind. Bischof war die sogenannte selbständige Lebensstellung Voraussetzung der Wahlberechtigung. Gestrichen wurde auch die Bestimmung der Vorlage, daß diejenigen nicht wählen dürfen, welche in den letzten fünf Jahren wegen Dienstabsatz, Unterstreichung, Fällung oder Betrug verurteilt worden sind. Für die Beliebung des kommunalen Stimmrechts an die Frauen fand sich in der Kommission keine Mehrheit.

Frankreich.

Eine stürmische Sitzung der französischen Deputiertenkammer. Die Kammer brachte in einer Nachsitzung die Budgetberatungen zu Ende. Das gesamte Budget für die Höhe von 4 083 234 064 Francs wurde um 12 Uhr nachmittag mit 466 gegen 67 Stimmen bewilligt, nochmals vorher noch der frühere Finanzminister Caillaux eine Art Kandidatenliste für den Posten des Ministerpräsidenten gehalten hatte. Es gab zu erkennen, daß sein Budget erheblich besser gewesen sei, und kam auf seine Lieblingsseite der Beliebung des Einkommens und des Kapitalbesitzes zurück.

Am Schlus der Sitzung kam es dann noch zu einem heftigen Zwischenfall, der beinahe zu einer Prügelei führte. Bei der Festlegung des Beratungsprogramms für die nächsten Tage glaubte sich die Rechte benachteiligt und begann mit Protesten, begleitet von Pulsdezelglocken, ihren Unwillen laut zu geben. Der Deputierte Bertrand-Bouleau drückt seinen Pulsdetenz entzwey, fährt aber fort, mit den abgebrochenen Hälfte auf den Tisch zu hämmern. Während letzterer der Abgeordnete Daugon über die Bank und stützte sich auf Bertrand-Bouleau. Schimpfwörter werden laut. Faute ballen sich. Nur mit Mühe verhindern einige ruhige Herren ein Boxermatch. Vergebens verucht der Präsident, Ruhe zu schaffen. Er kann sich schließlich nicht anders helfen, als indem er den Hof mit dem Hut bedeckt und damit die Nachsitzung aufhebt. Die Rechte verlädt mit Demonstrationen den Saal.

Niemand.

Das „wunderliche“ Irrenhaus. Haarkräbende Zustände wurden in der Petersburger großen südlichen Irrenanstalt Nikolaus der Wunderbare aufgedeckt. Professor Röbelgrodewitz konstatierte, daß 100 Geisteskranken direkt auf der Tiere kämpfen ohne Maratten. Je zwei Krante haben nur eine Bettdecke, wodurch oft Schlägereien entstehen. Die männliche und die weibliche Dienerschaft ist in einem gemeinsamen Schlafraum untergebracht.

Finnland.

Ein sozialdemokratischer Vizepräsident. Zum Vizetalmann (Präsidienten) des Landtages wurde der Jungfinne Soinius, geboren,

zum ersten Vizetalmann der Sozialdemokrat Tanner und zum zweiten Vizetalmann der Schwede Sederholm gewählt. Die Sozialdemokraten gaben bei der Wahl des Talmans und des zweiten Vizetalmans leere Stimmzettel ab.

China.

Neuer Konfliktstoff gegen Russland. In Petersburger politischen Kreisen gilt ein schwerer Konflikt zwischen China und Japan einerseits und Russland andererseits als unvermeidlich. Gegen den Bau der Bahnlinie Amur-Japan erhob der russische Vertreter in Peking Protest, und Peking unbedacht läßt. Der Bau der Bahn soll, wie in Peking beschlossen worden, beobachtet durchgeführt werden. China legt auf die Bahn Japans und bietet ihm dafür erhebliche Vorteile im Namen des Bahn.

Die Chinesen beziehen das Verthalen Nusshaus. Der Wandschuh ist unvermeidlich. Befriedet herrscht in der Eisenbahngesellschaft in China. Die Verhandlungen in Chardin über die Verwaltung der Eisenbahngesellschaft sind eingestellt worden. Umfragen in den Belegschaften der Parteien zeigen dazu, daß die Schwierigkeiten zu vermehren. Das Getreideausfuhrverbund Chinas hat zu einem Zusammenschluß bei Zijlai geführt.

Amerika.

Der Generalstreik in Philadelphia. Hat die Generalversammlung der Arbeitersorganisationen aus Sympathie mit den streikenden Bergarbeitern verklungen und den Bergarbeitern auf Freiheit mitten nachgegeben. Die Arbeitersführer erklärten, daß 100 000 Mann in den Streik eintreten werden, falls die Bergarbeiter sich nicht schließlich doch zur Einigung eines Schiedsgerichts bereit finden lassen.

Gewerkschaftliches.

Sichtung, Bauflossen! Nachdem am 26. Februar die Bauflossen von Groß-Stuttgart für einstimmig bestätigt wurden, hat den am 1. April sonst auf ein Jahr weiter laufenden Tarif nicht zu standigen, ist am Sonntag den 27. Februar bei dem Arbeitseilen ein Schreiben der Innung ein, worin diese den Tarif zum 31. März dieses Jahres kündigt. Die Unternehmer rechnen jedenfalls darum, daß ihnen die Situation im Baugewerbe Gelegenheit geben wird, den Bauflossen schlechter Arbeitsbedingungen aufzutreten zu können. Die Bauflossen, die fast vollständig im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind, dürfen ihnen über dies Bestreben vorbelagern lassen. — Zugang von Bauflossen ist von Stuttgart-Cannstatt streng zu halten.

Die Töpfer in Blegny traten in den Streik. — In Hirrlingen dauert der Streik fort. Eine Einigung wurde erzielt in Mehlken, Dresden und Senftenberg.

Lokales.

Bant, 4. März. **Nachstehende Warnung hat das Großherzogtum Oldenburg durch die Schulen der Stadt und ihrer Umgebung widerholte Bekanntmachungen lassen:**

„In letzter Zeit ist wiederholt Klage darüber gesetzt worden, daß von Kindern auf Straßen und Plätzen Feuerwerkskörper (Groß-, Knall-, Knallkörper u. a.) abgezündet und dadurch die Sicherheit des Verkehrs gefährdet wurde. Es ist sogar vorgekommen, daß Kinder durch Werken von Knallkörpern z. Schadenfeuer verursacht. Geppane Ihesu gemacht haben, um zu verhindern machen lassen.“

Das Abbrennen von Feuerwerkskörpern ist gemäß § 267 Iffer 8 Str.G.B. verboten. Auch haben die Eltern der Kinder, falls sie es an den unötigen Aufzug machen lassen, zwingend für den etwa angerichteten Schaden. Die Gendarmeriestationen sind angewiesen, unmöglich jede Überbetreuung zur Angelegenheit zu bringen.“

Bom Standesamt. Im Monat Februar gelangten 56 Geburten (26 Jungen und 30 Mädchen), sowie 17 Sterbefälle und eine Togeburt zur Amtmeldung. 16 Ehen wurden geschlossen, falls von Kindern auf Straßen und Plätzen Feuerwerkskörper (Groß-, Knall-, Knallkörper u. a.) abgezündet und dadurch die Sicherheit des Verkehrs gefährdet wurde. Es ist sogar vorgekommen, daß Kinder durch Werken von Knallkörpern z. Schadenfeuer verursacht. Geppane Ihesu gemacht haben, um zu verhindern machen lassen.“

Die Gewerberichtswahl findet morgen (Sonntag) nachmittag von 4 bis 8 Uhr in der Rathaus-Wirtschaft statt. Nur die in den Wahlbezirken ausgewählten Personen können wählen.

Der Bürgerverein Bant hielt gestern abend eine Monatsversammlung im Vereinslokal Odeon ab. Den Herren wurden in den Verein einstimmig aufgenommen. Unter Kommunalen wurden hauptsächlich Straßendienstleistungen besprochen und im Laufe der Debatte das Verhalten des Wilhelmsbader Bürgervereins bei einer Schrecken gezeigt, der im Bürgerverein des 5. Bezirks sehr gedehnt haben soll. Wilhelmsbader wollte die Straßendienste allein bauen, weil es mit Rütingen keine Schrecken haben wollte, wie es der Fall mit dem Schräghof sei. Gegen diese Meinung wurde vom Bantener Bürgerverein sehr protestiert, weil Rütingen nie Veranlassung zu Schrecken gegeben habe, und mithin diese Behauptung ganz entwidrig zuweisen sei. — Auf eine Anfrage, warum der Wilhelmsbader V. auf dem Schräghof gefündigt sei, da dieser doch als ruhiger und anständiger Mann bekannt ist, wurde vom Bantener mitgeteilt, daß die Sache vorläufig noch nicht sprudelt sei und er höchstwahrscheinlich in den nächsten Monaten eine detaillierte Ausklärung geben könne. — Sodann wurde noch eine längere Debatte über die Einführung des ungeteilten Unterrichts in den Volksschulen geslossen. Die meisten Redner sprachen ihre Sympathie für die aus, da den Kindern hierdurch Gelegenheit gegeben werde, sich vorzüglich mehr auszubilden. — Nachdem noch einige ungewöhnliche Angelegenheiten besprochen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Schiffsliste für billige Fleisch nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pf. für je 20 Gramm). Am für die nächste Zeit folgende: Kronprinzessin Cecilie ab Bremen 8. März, George Washington ab Bremen 12. März, Kaiser Wilhelm II. ab Bremen 22. März, Kaiserin Auguste Victoria

ab Hamburg 26. März, Prinz Friedrich Wilhelm ab Bremen 2. April, Kaiser Wilhelm der Große ab Bremen 5. April, Kronprinzessin Cecilie ab Bremen 12. April, Amerika ab Hamburg 14. April, George Washington ab Bremen 16. April. Gottlob nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgang die schnellste Beförderung gegeben haben. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Zeitvermerk wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

Wilhelmshaven, 4. März.

Zu den Räumlichkeiten auf der hiesigen Reichswerft schreiben wir noch, daß der Arbeitsausschuß der Werft eine Einladung an das Reichsministerium gerichtet hat um Niederschreibung von Arbeitsaufträgen. Die Einladung ist von der heiligen Reichsverwaltung dringend deftigert worden. Diese hat sich auch an eine Anzahl größerer Werke um Übernahme der gefündigten Arbeiter gewandt. Hieraus sollen sowohl Blohm & Voss in Hamburg als auch der Bremer Vulkan in Bremen geantwortet haben, daß sie Arbeiter der verschiedenen Kategorien für Schiffs- und Maschinenbau einstellen wollen. Am 15. März soll sogar ein Sekretär des Hamburger Arbeitgeberverbandes nach hier kommen, um Leute für Hamburg anzuwerben. Die Leute sollen die Fahrtkosten dritter Klasse vorgeschlossen erhalten. Der Betrag wird ihnen erlassen, wenn sie länger als drei Monate beschäftigt sind.

Es ist doch der reine Hohn: Die Privatwerften erhalten Arbeit vom Reich und in den eigenen Betrieben werden die Arbeiter auf die Strafe gesetzt. Doch der fortgesetzte Erhöhung des Marine-Etats werden die Reichswerften immer weniger berücksichtigt. Im Etatsjahr 1910 lag der hiesige Werft 670 000 Mark weniger als 1909 bewiesen. Das bedeutet nach Ansicht der Werftleitung, daß 250 Mann entlassen werden müssen. Die Ursache liegt eigentlich an der Mehrheit des Reichstages, der in diesem Punkte die Interessen der Aktionäre näher liegen als die Interessen des Reiches. Und da verlangt man noch, daß die Arbeiterschaft partizipativ bis auf die Arbeiten kein Teil, der von den Arbeitern bei der nächsten Reichstagssitzung noch anders als sozialdemokratisch stimmt, der ist eine andere Handlung, die sie jetzt beliebt wird, nicht wert.

Sonderbarweise hört man nicht, daß auch Vorgesetzte gefündigt worden sind. In der Werftordnung ist doch genau angegeben, wie viel Arbeiter zu einem Vorgesetzten gehören. Wenn 600 bis 700 Arbeiter gefündigt werden, so werden doch auch Beamtenstellen frei. Aber das Gegenteil sieht man: die Beamtenstellen werden noch vermehrt statt verringert. Es ist allerdings kein Wunder, daß die Reichsverwaltung weiter arbeiten, wenn man aus ihnen lediglich eine Beamtenversorgungsanstalt macht, in der höchstens noch die von Privatwerken halbfertig abgelieferten Schiffe auf Kosten des Staates fertiggebaut werden.

Arbeitsausschuß oder Wohlfahrtsverein? In der Kritik der Einrichtung der Werftverkaufsstellen wird vielfach in Werftarbeitsausschuh mit dem Wohlfahrtsverein verschoben. Der Arbeitsausschuß, der früher Wohlfahrtsausschuh genannt wurde, hat sich lediglich mit Arbeitsangelegenheiten zu beschäftigen. Der sog. Wohlfahrtsverein aber, ist aus lärmlichen Reisebüro direktoren unter Voritz des Generaldirektors Jöllner und dessen Stellvertreter Berthold Benz besteht, hat allein über die Wohlfahrtsantrittungen zu bestimmen. Zu diesen Wohlfahrtsantrittungen gehört das Kantinenwesen, die Bewirtschaftung des Werftcafés, die Kohlenbeschaffung und auch neuerdings die Einrichtung der Marenverkaufsstellen. Der Arbeitsausschuß hat, wie gezeigt, auf diese Angelegenheiten keinen Einfluss.

Von der Werft. Der im Kieler Verfahren viel genannte Marineministerialdirektor Freiherr ist von Alten hier vertrieben und hat am 2. März seinen Dienst beim Verwaltungsschiff der hiesigen Werft angetreten.

Die diesjährige Militärmusterung findet am 10., 11., 12. und 14. März in den Donauhallen statt.

Gabelsberger Stenographie. Die Erkenntnis des allgemeinen Nutzens der Stenographie verbreitet sich immer mehr. Der junge Mann, welcher der Erlernung der Stenographie aus dem Wege geht, begibt sich damit einer außerordentlichen Waffe für den Kampf ums Dasein. Auch der Juwelenwelt bietet die Stenographie einen ebenso passenden wie lohnenden Beruf. Haben sich doch schon die Kaufmannschaft, die Bededder, u. a. die Stenographie mühbar gemacht.

Eine erfolgreiche Behandlung der Lungentuberkulose.

Die Lungentuberkulose wird belämmisch durch die Tuberkelbacillen verursacht. Zur Entfaltung dieser Bacillen gehört vor allem eine gewisse Disposition der Befallenen. Die Bacillen müssen einen günstigen Nährboden finden, sonst können sie sich nicht entwickeln und es kann auch keine Anwendung erfolgen. Sobald man also den Ganzorganismus eines tuberkulösen Patienten so zu verändern vermag, daß die vorhandenen Tuberkelbacillen nicht mehr gedehnen können, können Lebensbedürfnisse mehr vorfinden, so muß damit die Entfaltung des Erkrankten Hand in Hand gehen. Diesem längst erzielten Ziel sind wir jetzt nahegekommen. Die medizinische Klinik der Universität Genua, wo an Tuberkulose betreut wird, hat mit dem in letzter Zeit so viel hervorgerufenen, von Herrn Dr. Fehlmann in Schaffhausen entdeckten Histosan gemacht werden, verhältnisgültig einen Bericht über die mit diesem Mittel gemachten Erfahrungen und schreibt u. a.: „Die prompte und außerordentliche Wirkung des Histosan beruht auf einer gründlichen Sanierung des Blutes und der Gewebe, welche der erkrankte Organismus schnell in einen Zustand versetzt wird, in welchem dann die Natur eingreifen und die völlige Genesung herbeiführen kann.“ Und aus einem andern Ort des Südens, wo sich

die Gelegenheit zur Erlernung der Stenographie ist jetzt wieder geboten, indem der Ortsverein der Gabelsbergerischen Stenographen-Vereine von Wilhelmshaven und Nüstringen in Wilhelmshaven, Bant und Heppens neue Ausländerkurse eröffnet. (Siehe Inf.)

Heppens, 4. März.

Die Staatssteuern sind nach alphabetischer Reihenfolge der Steuerpflichtigen in der Zeit vom 12. bis 21. März der zweiten Amtszeit in Bant zu entrichten.

Auf das Stiftungsfest des Jugendbundes, das morgen Sonnabend abends im Tivoli stattfindet, machen wir nochmals die organisierte Arbeiterschaft aufmerksam.

Aus dem Lande.

Jever, 4. Februar.

Der Volksverein Wohlfahrt auf hält morgen (Sonnabend) seine Monatsversammlung in der Traube ab.

Wegen mehrfacher Diebstähle hatte sich die 15jährige Hausjochter H. aus Grafschaft bei Siltenstein vor dem Schöffengericht zu verantworten. Nachgewiesen wurden dem Jungen drei Geld- und Waarenstiehle. Das Urteil lautete auf zusammen 1 Monat Gefängnis. Offenkundig läßt man die bedingte Begnadigung eintreten und bringt dann das Kind zur Erziehung in andere Verhältnisse.

Emden, 4. Februar.

Vollversammlung unter freiem Himmel verboten. Der hiesige Wahlkreis plant für nächsten Sonntag die Ablösung einer Vollversammlung unter freiem Himmel, und zwar auf dem Marktplatz der Stadt. Der Magistrat hat aber die Genehmigung hierzu verweigert und zwar mit der Begründung, daß aus der Abhaltung der Versammlung, wie Vorgänge aus anderen Orten gelehrt haben, eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten sei.

Da in allen Orten, wo die Polizeiorgane bei den Wahlrechtademonstrationen sich einer weisen Zurückhaltung befreit haben, die öffentliche Sicherheit nicht im geringsten gestört wurde, scheint der hiesige Magistrat seinen Polizeiorgane die so dringend notwendige Ruhe und Besonnenheit nicht zuzutrauen, denn es ist doch nicht einzusehen, wodurch sonst wohl die öffentliche Sicherheit gefährdet werden könnte. Und Enden ist wieder einmal gerettet.

Der Verein der Liberalen nahm am Dienstag nach einem Refeate des Pastors Dr. Pfannfuchs-Osnabrück eine Resolution an, in der die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen verlangt wird.

Scharmbeck, 4. März.

Messer und Alkohol. In Sandbergenbruch brach Dienstag spät bei einer Arbeiterschänke J. Street aus. Der Arbeiter J. nach seinem Schwiegervater, den Arbeiter L., so mit einem Messer, daß die Einwohne herausbrachen. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Schwerverletzte nach dem Bremer Krankenhaus gebracht, wo er zwischen verstorben ist. Es wird erzählt, daß starker Alkoholgenuss die Gemüter so in Höhe gebracht habe.

Alleine Mitteilungen aus dem Lande. In Hesepe ist am Mittwoch ein junger Arzt aus einem Wagen, wurde ein Streit mitgebracht und erlitt einen Beinbruch. — Nach einem Streit beim Wurstspiel, drohte in Leer ein Handlungsschiff seinem Gegner einen nicht ungräßlichen Messerstich bei.

Aus aller Welt.

„Läßige“ Ausländerinnen. Eine Ausweitung aller Ausländerinnen, die der Sittenpolizei zu schaffen machen, ist in Preußen von Minister des Innern angeordnet worden. Sämtliche Verwaltungsbüroden sind erachtet worden, die Polizeibehörden anzuseilen, Reichsausländerinnen anzusuchen, bei denen die Brauselungen zur Verhängung der sittenpolitischen Kontrolle vorliegen. Sie sollen in keinem Falle mehr einer solchen unterstellt werden.

Die Diensttag Anna Werner, die in Glad zum Tode verurteilt wurde, weil sie in der Vergewaltigung ihr Kind, das die Gemeindewohrerin von vier Gemeinden aus den Gemeindegrenzen verwiesen, damit daselbst dort nicht untersuchungsberechtigt werde, Witte und ein Ruhelosigkeit in der Ecke bereitete, ist seit zu zehn Jahren Zuchthaus „begnadigt“. Für die Begnadigung haben auch zahlreiche Leser unserer Zeitung ihre Unterschrift gegeben.

Keine Tageschronik. Als der Kassierer des Altonaer Kennstoffs hörte, daß die Poste rendiert werden sollte, erdingte er sich,

so viele Lungenkranken hinzufliehen, aus dem berühmten Winterkloster Catania, kommt eine Nachricht, welche in den Genen erhaltenen Reputatio nicht nur berührt, sondern noch weit glänzender charakterisiert. Das Institut für pathologische Anatomie der Königlichen Universität Catania hat nämlich einen Bericht über die mit dem Histosan gemachte Erfahrungen mit den Worten geschlossen: „Nach allem gerecht es uns zum Vergnügen, Ihnen aufdringig zu gratulieren, daß es Ihnen gelungen ist, ein solches Heilmittel herzustellen, welches mit leichter Anwendbarkeit eine sichere und dauernde Wirkung vereinigt. Histosan darf mit ruhigem Gewissen, nach Urtheile wie Wirkung, als das beste, wirksamste und geeignete Mittel gegen die Lungentuberkulose bezeichnet werden.“

Zahlreiche andere Untersuchungen in Krankenhäusern und Sanatorien des In- und Auslandes haben ebenfalls ergeben, daß das Histosan geradezu überragende Resultate in Bezug auf Entzündung, Aufhebung der tuberkulösen Erscheinungen, Kräftigung und Beliebung des Organismus und Erhöhung des Körpergewichts bewirkt. In den Sanatorien von Davos, Arosa, Lenzer, auf dem St. Gotthard-Sanatorium, ferner in Bozen, Meran, Abbadia und in vielen Heilstätten des deutschen Reiches ist das Histosan in täglichem Verwendung, ebenso in Kinder- und Krankenhäusern. Die wohlthuende Wirkung des Histosan macht sich sehr bald geltend. Besonders merkwürdig ist, wie gut es gegen die Hustenanfälle wirkt. Die

— Aus dem fünften Stock hüllte sich in einem Anfälle von Schmerzen die 34jährige Ehefrau Böck in Berlin. Die Frau wurde schwer verlegt aufgehoben, starb aber bald darauf. Die ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß der Schuhmann, der in Hamburg bei der Verfolgung eines Einbrechers tot blieb, einem Herzschlag zum Tode gefallen ist. — In der Nähe von Göttingen wurde ein Soldatenkamerad, wobei ein Student schwer verletzt wurde. — In der Augustinskirche mußte ihm ein Auto entgegen. Die Straße wurde am Mittwoch vormittag in Chemnitz ein Baustellen überall und schwer verlegt. Der Täter wurde ergreifen. Als Mörder des bei Görlitz ermordet verhaftet. — Unter dem Verdacht, kein Mann im Bett erschlagen zu haben, wurde die Frau des Landwirts Gudde im Neukirchendorf bei Oldenburg verhaftet. — Der Landwirt Böck, der im Januar vorigen Jahres seine Schwiegermutter ermordet hat, ist Donnerstag früh im Gefängnis in Bremberg hingerichtet worden. — Die Strafanstalt in Gusen verurteilte die drei Kommandanten, die die Aufgabe im Abschlußverhandlung dem Richter entwenden, zu je zwei Jahren Gefängnis. — Zwischen den Städten Ahnsdorf und Waldbrück der Preußischen St. am Donnerstag ein großer Feuersturm übergegangen. — Die Zahl der Verletzen, die in dem Feuer in St. Wohlbingen von einer Lawine verschütteten Expreßzüge den Tod gefunden haben, wird jetzt auf 84 angegeben. Es besteht wenig Aussicht, noch Lebende zu bergen.

Neueste Nachrichten.

Nüstringen als Stadt zweiter Klasse abermals abgelehnt.

Oldenburg, 4. März. Nach zweistündigem heftigen Redekampf lehnte heute der Landtag die Regierungsvorlage auf Bildung einer Stadt zweiter Klasse aus den Gemeinden Nüstringens abermals mit 21 gegen 20 Stimmen ab. — Damit ist diese Angelegenheit durch die agrarische Landtagsmehrheit vorläufig verhoben.

Berlin, 4. März. Die Zentrumsfraktion brachte im Landtag einen Antrag ein, die Wahl der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsrats und deren Stellvertreter nach dem Verhältniswahlrecht zu wählen.

Bonn, 4. März. In einer zweiten, von der demokratischen Fraktion einberufenen Vollversammlung gegen die Wahlkreisvorlage wurde nach einem Referat von Dr. Bechtold-Berlin eine Resolution angenommen, in der gegen die Beschäftigte der Mehrheit der Wahlkreisskommission des Abgeordnetenhauses in höchster Form Stellung genommen wird. Zum Schluß heißt es: Scheinreformen sollen uns nicht täuschen, Polizeiabteilung nicht schrecken, denn wir sehen in diesem Wahlkreiswahlrecht den entscheidenden Kampf für Fortschritt und Freiheit.

Paris, 4. März. Heros kündigte in einer vorgestern abgehaltenen Versammlung an, daß er aus der geheimen sozialistischen Partei austreten und mit seinen Anhängern, die Gegner des Parlaments seien, eine neue, wirklich revolutionäre Gruppe bilden werde.

Paris, 4. März. Der Flieger Rojas ist von Monaco über die See nach dem Kap Martin und zurück geflogen. Die einfache Strecke beträgt etwa zwanzig Kilometer.

Petersburg, 4. März. Beim Bau der Wolgabahn wurden vier Millionen Kubel gestohlen. Der Vertreter der Verwaltung und sein Bruder, der auch einen hohen Posten bekleidet, sind verhaftet worden.

London, 4. März. Es wird damit gerechnet, daß innerhalb 14 Tagen abermals die Neuwahl zum Unterhause stattfinden werden.

Newark, 4. März. Ein Eisenstreit von Eisenbahngesellschaften wird hier beschiedet. Die Lohnvorschläge der Gesellschaften wurden nicht akzeptiert.

Philadelphia, 4. März. Streikende zündeten die Kopstation der Straßenbahn an und rissen Schienen auf bis die Polizei dazwischen trat.

Jamestown (Mass.), 4. März. Durch eine Explosion in der Tatwell-Mine sind 23 Arbeiter getötet und viele verletzt worden.

Berantwort. Redakteur: H. Jacob in Bant. Verlag von Paul Hug in Bant. Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Bant.

Hierzu zwei Beilagen.

Verabreichung von Codein und ähnlichen Narcotica wird vollständig überflüssig. Ebenso zuverlässig wirkt das Histosan, auch bei den Darmtuberkulosen (Darmtataarrach), sowie bei der Scrophulose, Knochen- und Gelenktuberkulose. Bei dem leichteren Formen werden solche tuberkulöse Prozesse hauptsächlich günstig beeinflußt, bei denen chirurgische Eingriffe gemacht werden.

Natürlich sind jetzt schon sogenannte Erfahrungssätze aufgetaucht und es setzt deshalb hier Jedermann gewarnt, sich solche Mittel unter irgendwelchem Namen empfehlen zu lassen. Es gibt keinen Erfolg für Histosan.

Es wird in der Histosan-Fabrik in Singen a./H. hergestellt, und ist in Apotheken erhältlich, aber nie offen nach Wahr oder Gewicht, sondern nur in Originalpackungen (Histosan-Pulver, Sirup und Tabletten), welche mit den Schuhmarken der Fabrik (Namenszug des Erfinders Dr. H. C. Fehlmann) verschlossen sind. 1 Flasche Histosan-Sirup oder 1 Schachtel Histosan-Tabletten kostet M. 3.20. Wo das Histosan nicht erhältlich ist, kann es von der Stadtapotheke Singen a./H. franco gegen Nachnahme bezogen werden.

Anmerkung. Das Histosan ist kein Geheimmittel, sondern eine Gewebeverbindung des Guajacols, welche bei uns durch das Deutsche Reichspatent Nr. 162656 geschützt ist, während die sogenannten Erfahrungssätze keiner Patentierung genügen, weil sie nur wertlose Nachahmungen des Histosans sind.



Außergewöhnlich billiges Schürzen-Angebot!!

Damen-Nieder-Schürzen	Stück 1.75, 3 Stück 5.00
nur moderne Muster, tadellos u. weit verarbeitet	
Damen-Prinzess-Schürzen	Stück 2.10, 3 Stück 6.00
aparter Schnitt, Ia. Ia. Stoffe	
Kinder-Reform-Schürzen	Stück 0.95, 3 Stück 2.65
türkische Muster in den Längen 45-55 cm .	
Kinder-Kimono-Schürzen	Stück 1.20, 3 Stück 3.35
Ia. Ware, nur mod. Muster, in Längen 45-70 cm	
Kinder-Kimono-Schürzen	Stück 1.65, 3 Stück 4.65
hervorragende Qualität, in den Längen 45-70 cm	

B. v. d. ECKEN

Bismarckstr. 97 :: Wilhelmsh. Straße 32.

Frisch eingetroffen!!

Eine grosse Sendung Weiss-, Wirsing- und Rotkohl

Wir empfehlen denselben zu sehr billigen Preisen.

Ferner ein Quantum magnum bonum Kartoffeln
Zentner 3 Mr. Scheffel 1.20 Mr. 5 Liter 25 Pf.

H. Zaage,
Vorwerksstraße 56.

H. Hinrichs,
Nieder Straße 50.

Im Räumungs-Ausverkauf

kommen große Posten

Kleiderställe, Barchente, Musseline

Kattune, Bettzeuge, Schürzenstoffe

:: Hemdentücher usw. usw. ::

zu nächstehenden Spottpreisen zum Verkauf:

Serie 1 Meter 24 Pf.	Serie 2 Meter 30 Pf.	
Serie 3 Meter 36 Pf.	Serie 4 Meter 48 Pf.	
Serie 5 Meter 55 Pf.	Serie 6 Meter 70 Pf.	
Serie 7 Meter 95 Pf.	Serie 8 Meter 110 Pf.	
Mtr. 95 Pf.	Mtr. 110 Pf.	Serie 9 Meter 120 Pf.

Nur noch kurze Zeit dauert diese
billige Einkaufsgelegenheit.

Ernst Döen: Marktstr. 37.

Bürgerverein Schortens,
11. Sonntag den 6. März,
abends 7½ Uhr:

Versammlung
bei Schütt, Holzmühle.
Wegen wichtiger Tagesordnung
ist vollständiges Erscheinen erforderlich
Der Vorstand.

Soziald. Wahlverein
für die Landgemeinde Varel.

Sonntag den 6. März:
nachm. 5 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Fürsten Bismarck
in Dangastermoor.
Vollständiges Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Konsum- u. Sparverein für Bant u. Umgeg.

c. G. m. b. H.

• • Einladung zur ordentlichen • •

General-Versammlung

Sonnabend den 12. März cr., abends 8.30 Uhr
im Etablissement „Odeon“ zu Bant, Nordstraße.

• • • Tagesordnung: • • •

1. Bericht über das erste Halbjahr 1910/11.
2. Änderung der Vorstandsverträge.
3. Bewilligung von Baugeldern für Molkerei Hoofiel.
4. Anstellung von Verkaufspersonal bei.
5. Wahl von drei Aufsichtsratsmitgliedern.

Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.
Bant, den 4. März 1910.

Der Aufsichtsrat des Konsum- und Sparvereins

für Bant und Umgegend.

Fr. Lemm. Vorsitzender.

Gewerbege richtswahl Rüstringen

Am Sonnabend den 5. März cr.,

nachmittags von 4 bis 8 Uhr,

findet im Rathaus zu Bant die Wahl zum Gewerbege richtswahl Rüstringen statt. Das Gewerbege richtswahl hat seitens der Arbeitnehmer folgende Kandidaten aufgestellt:

1. Buchdrucker Fr. Körber in Bant,
2. Zimmerer H. Onnen in Bant,
3. Maurer K. Brügmann in Bant,
4. Schuhmacher Joh. Drebning in Bant,
5. Bäcker H. Dallinga in Bant.

Es ist Pflicht jedes organisierten Arbeiters, soweit er wahlberechtigt ist, zur Wahl zu erscheinen und den aufgestellten Kandidaten seine Stimme zu geben.

Stimmzettel sind beim Wahllokal zu haben.

Der Kartellvorstand.

Trauerbriefe etc. fertigt an Paul Hug & Co.

Achtung!
Bürgerverein Neubremen.

Sonnabend den 5. März,
abends 8½ Uhr
• • Außerordentliche • •

General-Versammlung
bei Halveland, Grenzstraße 38.

Tages-Ordnung:

1. Hebung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Statutenänderung.
4. Kommunales.

Um zahlreiches Erscheinen erlaubt.

Der Vorstand.

Verband d. Schmiede

Sonnabend den 5. März,
abends 8½ Uhr:

Versammlung

bei Halveland, Grenzstraße;
Wegen der wichtigen Tages-Ordnung
ist das Erscheinen sämtlicher
Kollegen erforderlich.

Der Vorstand.

Pfeifen-Club Unter uns.

Sonnabend den 5. d. M.,
abends 8 Uhr:

Versammlung

i. Vereinslokal Stenzl, Neuengroden.

Der Vorstand.

Stenographie - Unterricht

für Damen und Herren nach den
bewährtesten, verbreitetsten u. leistungsfähigsten
Systemen aller Systeme beginnt am
Dienstag den 8. März, abends
8½ Uhr in den Vereinsräumen:

Böse, Wilhelmshaven, Mühlstraße,
Flora, Heppens, Oberstraße,
Restaurant Lipowatz, Wilhelmshavener Straße 86.

Anmeldungen in den Vereins-
räumen und bei den Herren Langs,
Wilhelmshaven, Moonlight, 30. Norden,
Heppens, Tannenstraße 2, Tanne,
Bant, Peterstraße 20.

Ortsverband der
Gabelberger'schen Stenographenreic
Wilhelmshaven-Küllingen.

Diskutier-Club

für Saude und Umgegend.

Sonnabend den 5. März,

abends 8½ Uhr:

Versammlung

im Vereinslokal.

Um zahlreiches Erscheinen erlaubt.

Der Vorstand.

Sozialdem. Wahlverein

Abbehausen.

Die nächste Monats-Versammlung
findet nicht am Sonntag den
6. März, sondern am Sonntag
den 13. März, abends 6 Uhr, hier.

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

(Statt best. Anzeige.)

Donnerstag morgen 1½ Uhr
entstehlt krank und ruhig mein
liebe gute Frau, meiner Kinder
herzensgute Mutter

Eline Schach

geb. Lübben
im Alter von 31 Jahren und
3 Monaten.

Dies bringen siebelfältiges
Herzens mit der Blüte und stillen
Weile zur Angeige

Paul Schach nebst Kindern,
Eltern und Verwandten.

Die Beerdigung findet Sonn-
abend nachmittags 3 Uhr dem
Trauerhause, Kaisersstraße 65,
aus statt.

